Die Bundeswehr und der Dienst am Frieden

Ole Dost

1. Mein persönlicher Bezug

Was ich im Folgenden ausführen werde, sage ich als persönliche Meinung. Theologisch und historisch reflektiert, wie ich meine, aber natürlich auch biographisch begründet und damit notwendigerweise subjektiv eingefärbt.

Zunächst berichte ich in kurz gefasster Form, was ich persönlich mit der Bundeswehr zu tun habe. Ich wurde im Juni 1989 kurz nach dem Abitur zum Grundwehrdienst im Sanitätsbataillon 2 in Marburg eingezogen – mitten in einer Wendezeit. Zwei Tage vor der Abreise hatte ich in der „Tageschau“ gesehen, wie chinesische Demonstranten auf dem Platz des himmlischen Friedens von Panzern überrollt wurden. Mitten in der Grundausbildung sah ich wiederum durch Fernsehbilder aus Ungarn, wie DDR-Bürger die Öffnung des Grenzzaunes zwischen Ungarn und Österreich zur Massenfucht nutzten. Im zweiten Monat nach der Grundausbildung bewegten mich die Zeitungsartikel und Fernsehbilder, durch die ich meinen größten, aber immer für unmöglich gehaltenen Traum als verwirklicht sah: Die Berliner Mauer wurde geöffnet. Bestimmt können Sie sich vorstellen, was das bedeutete für den Sohn eines DDR-Flüchtlings.

Im zweiten Dienstjahr, kurz vor der Abreise zum Reserveoffizierslehrgang, ereignete sich mit der Wiedervereinigung die Vervollständigung des obigen Wunschtraumes. Als ich dann im April 1991 bei der Offiziersbewerberprüfzentrale die Aufnahmeprüfung für die Übernahme in die Laufbahn der Truppenoffiziere erreichte, waren unter uns Prüflingen eine ganze Reihe junger Leute, die als Offiziersanwärter bereits bei der Nationalen Volksarmee (NVA) gewesen waren und nunmehr die Übernahme in die Offiziersausbildung bei der Bundeswehr anstrebten.

Im zweiten Monat meiner Grundwehrdienstzeit beantragte ich die Übernahme als Zeitsoldat auf zwei Jahre, zum einen, weil alles nicht so schlimm war wie befürchtet und zum andern sah es so aus, dass ich eine gewisse Wartezeit bis zur Aufnahme des Wunschstudiums Biologie zu überbrücken haben würde. Das Gehalt des Zeitsoldaten sollte während dieser Übergangsphase die Möglichkeit eröffnen, Geld beiseitelegen zu können für die kommende Studienzeit. Ich verbrachte diese Zeit zunächst beim Sanitätsbataillon 2 in Marburg und dann beim Gebirgssanitätsbataillon 8 in Kempten/Allgäu. Als sich die zwei Jahre dem Ende zuneigten, hatte ich einerseits Freude am Soldatensein und andererseits Langeweile am Dienst im Sanitätsbataillon erfahren – letzterer bestand im Wesentlichen nur aus Materialerhaltung und Wache. Ich entschloss mich darum zu einem tiefgreifenden Berufswechsel mit dem Ziel Berufssoldat und beantragte darum die Aufnahme in

die Laufbahn der Truppenoffiziere auf zunächst 16 Jahre. Das bot mir auch die Möglichkeit zum Wechsel der Truppengattung. Ich kam durch meinen Laufbahnwechsel zur einzigen Truppengattung, bei der die Ausbildung im Vordergrund steht und nicht die Materialerhaltung, nämlich zur Infanterie. Mit dem erfolgreichen Abschluss der Aufnahmeprüfung kam ich auf eigenen Wunsch zum Jägerbataillon 552 nach Böblingen.

Meiner Bundeswehrzeit habe ich viel zu verdanken. Während des Reserveoffizierslehrganges erlebte ich zwei Lehrgangskameraden, die Christen waren und auch dementsprechend lebten. Ihren Lebensstil, insbesondere ihren Umgang mit ihren Mitmenschen, erlebte ich als wohltuenden Kontrast zu dem, was ich sonst persönlich erlebte und an anderen beobachtete. Ihre „gelebte Ausstrahlung“, geprägt von ernsthafter, alltagsrelevanter Christuskirche, weckte in mir den Wunsch, den „Wurzelgrund“ ihrer Persönlichkeit kennenzulernen und wenn möglich selbst zu erlangen. Ich begleitete sie zu einem Soldatenbibelkreis, in dem der Römerbrief gelesen wurde. Ihr Vorbild war ein entscheidender Anstoß für mich, glaubwürdiges Christsein und damit die Verbindung mit Jesus Christus kennen- und für mich begehren zu lernen.

In Böblingen lernte ich unter den eben eingezogenen Rekruten einen Christen kennen. Der Fischaufkleber an meinem Auto hatte ihn auf den Bruder im Glauben aufmerksam gemacht. Er fragte mich, den Vorgesetzten, ob ich mich mit ihm regelmäßig zum Beten und Bibellesen treffen wolle und ob wir dazu nicht auch andere Christen einladen könnten. Wir gründeten daraufhin in der Wildermuth-Kaserne in Böblingen einen Soldatenbibelkreis, der den Raum schaffen sollte zum gemeinsamen Lesen in der Bibel, zum Gebet für persönliche Anliegen und als „Veranstaltungsformat“, das uns geeignet erschien zur Weitergabe der Christusbotschaft an unsere Kameraden. Mit dem Namen „Himmelfahrtskommando“ war ein Name gefunden, der durch die militärische Anspielung Neugier wecken und gleichzeitig die „Marschrichtung“ verdeutlichen sollte, die uns die Gemeinschaft in Christus vermittelt.

Beim ersten Treffen waren wir schon sechs Teilnehmer mit ganz unterschiedlichem Gemeinde- bzw. Kirchenhintergrund, aber geeint durch die gleiche Freude an der biblischen Botschaft und an dem Wunsch, ein Leben im Kasernenalltag zu führen, das geeignet ist, auch andere Soldaten für Jesus Christus zu begeistern. Diese ersten Teilnehmer des Soldatenbibelkreises entschieden, dass ich der Leiter des Kreises sein sollte, da ich, so die Begründung, als Fähnrich den höchsten militärischen Dienstgrad bekleidete. Eigentlich war ich der am wenigsten Geeignete, weil hier bei diesem Leitungsamt sicher nicht der Rang innerhalb der militärischen Hierarchie zählt, sondern die geistliche Kompetenz. Und da war ich bezüglich meines Bibelwissens und meiner Mitarbeitererfahrung im Gemeindekontext deutlich „jünger“ im Sinne von unerfahrener als die altersmäßig etwas jüngeren wehrdienstleistenden Christen unseres Kreises. Allerdings war die neue Leitungs-

verantwortung ein enormer Motivationsschub, das bislang Versäumte nachzuholen. Ich besuchte jede Gemeindeveranstaltung, die terminlich und räumlich „greifbar“ war. Ich schloss mich verbindlich einer freikirchlichen Gemeinde in der weiteren Umgebung an, wo ich in einem Mitarbeiterkreis für Jugendmitarbeiter von der Erfahrung bewährter Leiter lernte. Zudem las ich in jeder freien Minute in der Bibel, durchaus auch während der Dienstpauzen und bei Unterbrechungen im Berufsalltag, wo diese Form der Lektüre stark auffiel angesichts des Lesestoffs anderer Soldaten, der eher im Bereich der einschlägigen Fachliteratur zur weiblichen Anatomie anzusiedeln war. Das wiederum zog zunehmend das Interesse von Kameraden auf sich und brachte mich wiederholt in die Situation, auf Nachfrage über meinen Glauben Rechenschaft abzulegen. Ich habe nirgends und nie wieder so oft die Gelegenheit zu Glaubensgesprächen gehabt wie in der Bundeswehr.

Dazu sei eine Randbemerkung gestattet: Wo Menschen nach Gott fragen – und ich denke, dass Gott solche Fragen ins Herz legt –, da sollten auch solche Menschen zugegen sein, die diese Frage beantworten. Diese Aufgabe kann nicht von der Militärseelsorge erfüllt werden, zumindest nicht von ihr allein. Es gibt längst nicht an jedem Standort einen Militärpfarrer, darum kann er oder sie auch nicht im Truppenalltag präsent sein. Glaubensfragen kommen allerdings eher da auf, wo Soldaten Zeit zum Reden haben. Das ist beispielsweise im Wachlokal der Fall und während der langen Leerlaufphasen bei der Schießausbildung. Dort habe ich noch nie einen Militärpfarrer gesehen. Hier gibt es entweder den Kameraden, der zugleich Christ ist, oder eben niemanden. Darum bin ich der Überzeugung, dass Gott gezielt Christen zum Dienst in den Streitkräften beruft, die dort seine Missionare sind. Wie erwähnt, habe ich selbst solchen Christuszeugen viel zu verdanken, und ich denke, dass ich damit nicht allein bin.

Die plötzliche Verantwortung für den Soldatenbibelkreis brachte mich dazu, vom vollzeitigen geistlichen Dienst zu träumen und diesen dann anzustreben. Wie ich dann meinen Soldatenberuf deutlich früher als angestrebt beenden konnte und über diverse Stationen da landete, wo ich nunmehr bin, ist nicht Teil des hier gestellten Themas.

2. Exegetisch begründete Erwägungen zum Soldatenberuf

Eine Frage, die sich mir stellte im Zuge der Weiterverpflichtung zu einem Beruf, von dem ich meinte, er würde mein endgültiger sein, war die, ob und wie sich Christsein und Soldatenberuf vereinbaren lassen. Im Folgenden werde ich eine kurzgefasste exegetische Begründung versuchen. Um dem Spagat einer theologischen Erörterung und dem Abriss von Wesen und Geschichte der Bundeswehr im gesetzten Rahmen zu ermöglichen, wird sich die theologische Besinnung auf die Exegese relevanter Texte beschränken; auf einen systematisch-theologischen Überblick sowie die Dar-

stellung der theologie- und kirchengeschichtlichen Entwicklung wird zu verzichten sein.

Zunächst möchte ich versichern, dass ich den allerhöchsten Respekt empfinde vor Menschen, die einen radikalen Pazifismus vertreten und erst recht, wenn sie den bis hin zum eigenen Martyrium durchhalten. Gleichwohl halte ich diese Einstellung – exegetisch begründet – lediglich in einem bestimmten Teil der christlichen Existenz für absolut notwendig, mit Blick auf ein lebensfähiges Gemeinwesen jedoch nicht für praktikabel. In Anbetracht bestimmter Fälle muss darüber nachgedacht werden, ob mit einem radikalen Gewaltverzicht sogar der Tatbestand der unterlassenen Hilfeleistung erfüllt wird.

2.1 Die JHWH-Kriegs-Tradition des Tanach

Während in den Evangelien und im Corpus Paulinum (vgl. besonders Eph 6,10-20) militärische Redeweise lediglich metaphorisch begegnet, fallen in der hebräischen Bibel (Tanach) die zahlreichen Berichte über Feldzüge, Gefechtsverläufe und Belagerungen auf. Dieser Kontrast erklärt sich aus dem Unterschied, wie das Gottesvolk vor allem in der Frühzeit Israels verstanden wird und wie das Verständnis in der Urchristenzeit aussieht, das selbst wiederum deutlich in der prophetischen und apokalyptischen Literatur des Tanach und des Frühjudentums verwurzelt ist. In der Exodus- und Landnahme-Tradition, im Richterbuch und in den Samuelbüchern ist das Gottesvolk ein Stammesverband, später ein Königreich. Als solches erobert es sich das verheißene Land und muss sich in der Folge gegen angreifende Bewohner benachbarter Gebiete, nomadische Eindringlinge und das Vordringen der Philister aus dem Gebiet der philistäischen Pentapolis zur Wehr setzen. Da dieser Stammesverband gleichzeitig das von Gott auserwählte und geführte Volk ist, geschehen die Kampfhandlungen im Zuge der Landnahme und der Landesverteidigung im Auftrag Gottes. Gott befiehlt den Kampf (Num 31,2; 33,51-53; Dtn 3,2 f; Jos 6,2). Er spricht die Berufung zum charismatischen Feldherren aus (Ri 6,14), der im Auftrag Gottes das Volk anführt oder gar als mit übernatürlicher Kraft ausgestatteter „Einzelkämpfer“ (Ri 13) den Guerillakampf gegen fremde Eroberer aufnimmt. Hier wird Gott zum Feldherrn, der den Kampf seines Volkes so steuert, dass es sogar völlig hinter Gottes Einsatz zurück treten kann (Ex 14,14). Als eigentlicher Krieger beansprucht Gott in verschiedenen Fällen sogar die komplette Kriegsbeute, was die Tötung der Glieder des besiegten Gegners einschließt (vgl. u. a. Jos 6,21). Wenn das Volk dabei die Treue zu JHWH bricht, kann JHWH als Kriegssouverän auch feindliche Heere benutzen, um sein Volk zu sanktionieren (vgl. Ri 2,14 f; 6,1 f; 10,7 u. a.). Der JHWH-Krieg tritt mit der Etablierung des Königreiches in dem Maß zurück, in dem der Heerbann vom Berufsheer abgelöst wird. Naturgemäß kann die JHWH-Kriegstradition für die Frage nach der Rechtmäßigkeit staatlicher Gewaltmittel aus christlicher Sicht keine Rolle spielen. Auch wenn dies im Verlauf der Kirchengen-

schichte vielfach anders verstanden und missbräuchlich entsprechend praktiziert wurde, im Neuen Testament gilt das Jesus-Wort an Pilatus:

„Mein Königreich gehört nicht zu dieser Welt. Würde mein Königreich zu dieser Welt gehören, dann hätten meine Diener gekämpft, damit ich nicht den Juden ausgeliefert werde; nun gehört aber mein Königreich nicht zu dieser Welt.“ (Joh 18,36)

Die Jüngergemeinde ist als Gottesvolk keine nationale, ethnische oder als theokratischer Staat organisierte Größe, sondern die Gesamtheit der Jüngergemeinde, die durch den auf „alle Völker“ abzielenden Missionsauftrag eine ethnische wie nationale Entschränkung erfährt. Das neutestamentliche Gottesvolk steht deshalb nicht vor der Aufgabe, einen Siedlungsraum erobern und verteidigen zu müssen. Ihre „theokratische Heimat“ ist das noch seiner Vollendung harrende Gottesreich, dessen Aufrichtung, wie im Folgenden näher auszuführen ist, allein in Gottes Hand liegt.

2.2 Die Tradition der Königsherrschaft Gottes

Bereits in den Prophetenbüchern des Tanach kündigt sich ein Umschwung an, der von der Theokratie des JHWH-stellvertretenden Königs weg und hin zur Apokalyptik¹ führt. Der Hintergrund ist zum einen die Enttäuschung bezüglich der „theokratischen Inkompetenz“ der Davididen, die sich bis auf wenige Ausnahmen als völlig unfähig darin erwiesen, das Gottesvolk uneigennützig und gemäß der göttlichen Lebensordnung zu regieren. In Ez 34, 1-16 lässt Gott über die eigennützig regierende der Hirten des Volkes klagen und kündigt an, dass Gott nunmehr selbst der Hirte seines Volkes werden wolle. Zum anderen wird die Sehnsucht nach der unmittelbaren Gottesherrschaft deutlich katalysiert durch die zunehmende Einschränkung und den schließlich völligen Verlust der Eigenstaatlichkeit im Schatten der einander ablösenden Großreiche.

Als Folge dieser Entwicklung kristallisiert sich eine Erwartung heraus, die im Zuge der frühjüdisch-apokalyptischen Literatur und vollends im Neuen Testament zum Zentrum der Heilserwartung und der Verkündigung wird, hebräisch *malchut* genannt und griechisch *basileia tou theou*, am besten wiederzugeben mit „Königsherrschaft JHWHs bzw. Gottes“. Die Herrschaft Gottes soll demnach so unmittelbar sein, dass das Böse keinen Raum mehr zur Entfaltung hat. Der Tod mitsamt der Todesfurcht wird abgeschafft (Jes 25,7f). Gott wird seine verstorbenen Frommen zum Leben auferwecken (Jes 26,19f.; Dan 12,2; äthHen 51,1-5; 2Makk 7). Das Gesetz vom „Fressen und Gefressen werden“ wird außer Kraft gesetzt (Jes 11,6-8). Dem Frieden unter den Tieren entspricht der unter den Menschen, weil nun keiner mehr die Weisung Gottes missachtet (Jes 11,9). Gott beendet durch sein Gerichts-

¹ Mit dem Begriff der Apokalyptik möchte ich im Folgenden eine Textgattung bezeichnen, welche die Beendigung der als notvoll empfundenen, von menschlicher Tyrannei geprägten Welt durch das Gericht und die folgende Heraufführung einer heilvollen Welt in der unmittelbaren Gottesgemeinschaft verheißt.

handeln die Herrschaft der Großreiche (Dan 7,9-12), deren Menschenverachtung durch ihr raubtiergleiches Aussehen und Verhalten versinnbildlicht wird (Dan 7,3-8) und übergibt sie einem Weltherrscher, dessen Weltreich im Gegensatz zu den vorhergehenden menschenfreundlich ist; darum wird er, die raubtierhaften Großreiche kontrastierend als *ben adam*, als „Menschensohn“, beschrieben. Dieser wird in Dan 7,27 als korporative Gestalt definiert, da er das „Volk der Heiligen des Höchsten“, also das wahre im Sinne von Gott gegenüber treue Israel repräsentiert.

Zu den frühen Texten, die in diese Richtung weisen, gehören Jes 2,1-5 und Mi 4,1-5. In der vorstaatlichen Zeit und während der frühen Königszeit war der freie Grundbesitzer in Israel „heerbannpflichtig“, wir würden heute sagen: Er unterlag der Wehrüberwachung und war wehrpflichtig. Wenn in Israel der „Verteidigungsfall“ ausgerufen wurde, dann eilten Herolde übers Land und riefen die Israeliten mit dem Herrbann-Ruf zu den Waffen: „Macht eure Pflugscharen zu Schwertern und eure Winzermesser zu Speeren!“ Mit diesen „selbstgebastelten“ Waffen, bestehend aus umfunktioniertem Feldgerät, ging es dann gegen den Feind. In Jes 2,4 und Mi 4,3 wird das Heerbann-Signal umgekehrt:

„Und sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen/Erdhacken schmieden und ihre Speere zu Winzermessern. Nicht wird Volk gegen Volk das Schwert erheben und sie werden den Krieg nicht mehr lernen.“

Diese Verse wurden u. a. durch die kirchlich initiierte Friedensbewegung in der DDR zum geflügelten Wort.² Die parallelen Texte in Jes 2 und Mi 4 geben allerdings keine Handlungsanweisung für die Gegenwart, sondern stellen vom Standpunkt der Abfassung und Verkündigung her eine futurische Erwartung dar, indem auch sie auf ein kommendes, weltweites Friedensreich im Sinne der Königsherrschaft Gottes ausblicken. Jes 2,4 folgt unmittelbar auf die Beschreibung der Zionswallfahrt der Völker: Der „am Ende der Tage“ von Gott zum Weltenberg erhöhte Zion (Jes 2,2) wird von den Nationen aufgesucht, um dort die Weisung des Gottes Israels zu empfangen (Jes 2,3). Gottes Rechtsprechung unter den Völkern führt dazu, dass die Nationen keine Kriege mehr führen.

Das Ende aller Kriege ist folglich abhängig davon, dass die Weisung Gottes universale, „weltweite“ Beachtung findet.³ In die gleiche Richtung einer endzeitlichen Heilserwartung führt uns die Weissagung in Sach 9,9f über den davidischen Heilskönig, der Streitwagen und Pferde, die als „Waffen“ gelten, mitsamt den Kriegsbögen abschafft und über den Völkern sein weltweites Friedensreich proklamiert und etabliert. Bereits der apokalyptische Zug hin zur Erwartung der Königsherrschaft Gottes bricht deutlich mit der JHWH-Kriegs-Tradition: Zum einen durch das Ziel der Heilsgeschichte in der heilvollen, also kriegsfreien Existenz im Schutzraum der unmittelbaren Gottes-

² Seit 1980 maßgeblich unter der Initiative des damaligen sächsischen Jugendpfarrers Harald Brettschneider bekannt gemacht.

³ Vgl. dazu auch den oben aufgeführten Text Jes 11,9.

gemeinschaft und zum anderen durch den mehrfach gesetzten Akzent, dass dieser heilvolle Zustand ohne jedweden menschlichen Einsatz allein auf Gottes Gerichtshandeln hin zustande kommt. In diesem Zusammenhang wird bereits in den frühesten apokalyptischen Texten deutlich, dass das Gericht an den Königreichen und Frevlern nicht durch Glieder des Gottesvolkes, etwa durch revolutionäre oder militärische Aktivitäten, sondern allein durch Gott vollstreckt wird. In der Vision von dem Standbild in Dan 2 etwa wird im Bild wie in der Deutung ausdrücklich unterstrichen, dass die Beseitigung der Weltreiche von Gott her und ohne „Menschenhand“ erfolgt (vgl. Dan 2,34.45).

2.3 Erwägungen vor dem Hintergrund der neutestamentlichen Ethik

Die von der frühjüdischen Apokalyptik wie vom Neuen Testament rezipierten Gottesreich-Erwartungen harren auch aus neutestamentlicher Sicht ihrer Erfüllung. In der Verkündigung Jesu beginnt das Gottesreich zwar durch die Jünger-Gemeinde, die als „Kontrastgesellschaft“ vorlebt, wie ein mit Gott versöhntes Leben aussieht und mit ihrer Christus-Verkündigung schon jetzt die Bürger des kommenden Gottesreiches sammelt. Aber die gegenwärtige Gemeinde Jesu ist dadurch nur die „Vorhut“ des Gottesreiches; auch sie wartet noch auf die endgültige Aufrichtung der Gottesherrschaft und erwartet sie mit der Wiederkunft Jesu. Das Fazit dieses Sachverhaltes: Die Königsherrschaft Gottes ist in ihrer Vollendung noch nicht da und folglich das Böse auch nicht weg.

Aus dem Redezusammenhang der Bergpredigt bzw. der hierin weitgehend parallel gesetzten Feldrede ist in Form der Antithesen das Tötungs-, Vergeltungs-, Diebstahls-, und Ehebruchsverbot (vgl. Mt 5,21-48) in deutlich radikalierter Form dem Gottesvolk als Handlungs- und Gesinnungsanweisung vorgelegt. Besonders die Form der Bergpredigt vergleicht mit dem Bergmotiv sowie der dem Heiligkeitgesetz (Lev 17-26) entlehnten Formel „ihr nun sollt vollkommen sein, wie euer himmlischer Vater vollkommen ist“ (Mt 5,48) die Anweisung durch Jesus mit der Offenbarung der Sinai-Thora und beansprucht damit höchste Autorität und folglich den unbedingten Gehorsam des Gottesvolkes, also von Jesu Jüngergemeinde. Der radikale Verzicht auf Gewalt und Vergeltung und das Gebot der bedingungslosen Feindesliebe (vgl. Mt 5,38-48; Lk 6,27-36), wie sie uns in der Ethik der Bergpredigt und Feldrede begegnen, gehören so in den Bereich des persönlichen Handelns des einzelnen Christen und der Gemeinde. Diese Lebenseinstellung gehört zur Antizipation der Gottesherrschaft und soll den Unterschied machen zum Umgang innerhalb einer gottfeindlichen Welt. Diese Lebenshaltung steht in engem Zusammenhang mit der missionarischen Vorbildfunktion der Jüngergemeinde vor der Welt: So sieht das Leben von Menschen aus, die im Einklang sind mit Gott. Dem entsprechend soll sich der einzelne Jesusjünger wie auch die Jüngergemeinde verhalten, wenn sie sich überverteilt, unterdrückt, verfolgt oder angefeindet sehen, weil sie zu Jesus ste-

hen. Der Verfolgung haben sie mit dem Segen und der Fürbitte zu antworten; keinesfalls dürfen sie dabei Gewalt mit Gegengewalt beantworten, dem Jünger und der Jüngergemeinde ist es ausdrücklich verboten, sich mit der Waffe zur Wehr zu setzen (Mt 26,52; Joh 18,11). Als einziges Mittel, der Verfolgung aufgrund ihres Glaubens zu entgehen, wird ihr von Jesus, wo möglich, die Flucht bzw. die Auswanderung zugestanden (Mt 10,23).

Ist das Tötungsverbot und das Gebot der Feindesliebe radikal zu fassen? Ganz bestimmt, und zwar in der Verfolgungs- und Bedrohungssituation aufgrund des Glaubens sowie im Hinblick auf die missionarische Vorbildfunktion. Hier ist dem Jesusjünger jedwede Form der Gegenwehr verboten.

Wie sieht es im übrigen Lebensbereich aus? Gilt dies auch, wenn der Anschlag nicht meinem Glauben gilt, wenn es nicht um mehr oder minder große Unannehmlichkeiten wie dem Ertragen von Spott und Herabsetzung geht? Sondern wenn mein und meiner Familie Leben durch einen Anschlag bedroht wird, der mit meinem Christusbekenntnis nichts zu tun hat? Ist dann die Notwehr erlaubt? Hier steht jeder mit seinem Gewissen vor Gott. Ich möchte gleich die Anschlussfrage stellen: Wie sieht es aus mit der Nothilfe? Muss ich als Christ tatenlos zusehen und zulassen, wie andere beraubt, schwer unterdrückt, versklavt oder gar getötet werden? Darf ich mich so verhalten? Mit anderen Worten: Darf ich anderen Menschen gegen ihren Willen das Martyrium aufzwingen, für das ich mich selbst frei entscheiden kann? Darf ich zuschauen, wenn wehrlose Menschen ausgeplündert oder gefoltert oder getötet werden? Kann das im Sinne Gottes sein? Ich halte mich an das Gebot „du sollst nicht töten“ – um zuzulassen, dass getötet wird? Darf der Staat dulden, dass dies an seinen Bürgern geschieht oder gestehen wir ihm Mittel zu wie Justiz, Polizei und eben Militär um das Gemeinwesen und damit den Einzelnen vor solchen Menschen und Organisationen zu schützen, denen das Gesetz gleichgültig ist, die sich nicht scheren um die Unversehrtheit anderer, ja denen das Leben der Mitmenschen nichts bedeutet und die sich hierin als uneinsichtig erweisen? Den Bereich des Leidens als Folge des Christuszeugnisses und der Vorbildfunktion der Jesusjünger gilt es zu trennen von der Fürsorgepflicht des Gemeinwesens für seine Bürger sowie der Nothilfe für solche Menschen, die sich nicht selbst helfen können.

In letzterem Bereich wird die Gewaltanwendung unvermeidlich sein und, wenn ein vernünftiges Maß an Verhältnismäßigkeit der Mittel gewährleistet wird, auch im Rahmen einer christlichen Ethik möglich und sogar geboten sein. In diesen Kontext gehört auch die wirkungsgeschichtlich häufig missbrauchte, im Kern seiner ursprünglichen Aussage-Intention aber dennoch beachtenswerte Äußerung von Paulus in Röm 13, der zur Folge das staatliche Gewaltmonopol nicht nur berechtigt ist, sondern eine von Gott angeordnete Notwendigkeit darstellt, um zu verhindern, dass sich das Böse im Menschen und in der Menschheit hemmungslos entfalten kann auf Kosten des Gemeinwesens und des Einzelnen. Um sie zu schützen und das Böse „in

Schach“ zu halten, wird dem Staat „das Schwert“ zugestanden, also Mittel, um den Schutz der Allgemeinheit notfalls unter Gewaltanwendung zu erzwingen. Das Gemeinwesen, der Staat, ist nach Paulus

„Gottes Dienerin, dir zum Guten. Wenn du aber das Böse tust, so fürchte dich! Denn sie trägt das Schwert nicht umsonst, denn sie ist Gottes Dienerin, eine Rächerin zur Strafe für den, der das Böse tut.“ (Röm 13,4)

Das staatliche Gewaltmonopol erfährt hier eine exegetisch fundierte Rechtfertigung, insofern nicht staatliches Unrecht ermöglicht oder gar legitimiert, sondern den Schutz der Bürger vor übelwollenden Mitmenschen gewährleisten soll. Hierbei ist mit exegetischer Begründung dem zuzustimmen, was Schlatter in seiner Ethik vorzubringen wusste:

„Die Verpflichtung zur Notwehr ergibt sich daraus, dass wir dem sündigen Willen nie dazu helfen dürfen, sich zur Tat zu vollenden. Ihn nicht unterstützen bedeutet aber in dieser Lage: es muß ihm gewehrt sein. Wir mißbrauchen die von Jesus uns gegebene Ermächtigung zur grenzenlosen Geduld, wenn wir sie dazu benützen, um den Unterschied zwischen dem Guten und dem Bösen aufzulösen.“⁴

2.3.2 Soldaten im Neuen Testament

Wenn wir im NT nach Aussagen über den Soldatenberuf suchen, dann müssen wir uns zunächst vor Augen führen, dass damals Soldaten und „Ordnungshüter“ Instrumente einer fremden Besatzungsmacht waren: Es handelte sich hierbei entweder um Truppen, die im Fall von Judäa und Samaria als Auxilia unter unmittelbarem römischen Kommando standen, oder um Söldner des Tetrarchen Antipas. Soldaten waren also in jedem Falle Angehörige oder Kollaborateure der Römer und damit in den Augen thoraobservanter Juden in höchstem Maße unrein. Der einzige Text, der im NT den Soldatenberuf ausdrücklich mit einer spezifischen Handlungsanweisung in den Blick nimmt, findet sich im Zusammenhang der sog. „Standespredigt“ Johannes des Täufers. Der Täufer kündigt den Anbruch der Gottesherrschaft an, dem er, der apokalyptischen Tradition folgend, das Gericht voranstellt. Dieses erwartet er als unmittelbar bevorstehend: Der Holzfäller hat bereits vor dem Schlag Maß genommen. Der Kommende, „der größer ist als ich“, wird entweder endzeitliche Rettung oder Vernichtung zuteilen, der Taufe „im heiligen Geist und Feuer“ (Lk 3,16) entspricht die Sammlang des Korns „in seinen Speicher“ (Lk 3,17) und der Verbrennung der Spreu durch „unauslöschliches Feuer“ (ebd). Darum ist es nun an der Zeit, von einem als falsch erkannten Weg umzukehren zu einem Leben, „das solche Früchte hervorbringt, die wahrer Umkehr entsprechen“ (Lk 3,8). Von dieser Ankündigung getroffen, befragen einzelne Personengruppen den Täufer wie sich in ihrem jeweiligen Lebensbereich eine gottgefällige Lebenshaltung gestalten lässt, die an der endzeitlichen Rettung Anteil gibt. In diesem Zusammen-

⁴ Adolf Schlatter: Die christliche Ethik, Stuttgart ⁵1986, 162.

hang stellen auch Soldaten⁵ die Frage: „Was sollen wir tun?“ (Lk 3,14). Diese Fragesteller werden von Johannes aufgefordert, auf den „Verdienst“ durch Raub und Erpressung zu verzichten und sich stattdessen mit ihrem Sold zu bescheiden. Bei dieser Aufzählung mag man einwenden, dass Soldaten sowohl im Zuge „offizieller“ Konfiszierungen zum Raub von Lebensmitteln etc. befohlen wurden als auch durch „wilde“ Plünderungen ihren Lohn aufbesserten. Dennoch fällt auf, dass ihr Beruf an sich nicht in Frage gestellt wird, obgleich Soldaten in dieser Zeit Instrumente einer heidnischen und damit unreinen Besatzungsmacht waren, da sie ihren Sold, mit dem sie sich ausdrücklich begnügen dürfen, nur erhalten, wenn sie ihrem Soldatenbefehl dem jeweiligen Dienstherrn gegenüber loyal nachgehen.

Hier impliziert Lk 3 was Röm 13 explizit zum Ausdruck bringt: Besser eine als illegitim und ausbeuterisch verruchte, der Satzung Gottes nicht verpflichtete Ordnungsmacht als gar keine. Darum kann selbst sie von Gott zur Eindämmung des Bösen eingesetzt werden. Könnte dies nun im Umkehrschluss bedeuten, dass die Christen von der Botschaft des NT angewiesen werden, sich von ihrer nichtchristlichen Umwelt beschützen zu lassen, selbst dazu aber keinen Beitrag leisten zu dürfen? Gegen eine solche Annahme sprächen immerhin implizit drei Begegnungen Jesu und der jungen Jünger-gemeinde, die für das neutestamentliche Missionsverständnis von zentraler Bedeutung sind. So bietet die vertrauensvolle Heilungsbitte des Centurio⁶ von Kapharnaum den Anlass für das Jesus-Logion, welches den Beginn der Erfüllung von der Verheißung der Zionswallfahrt ankündigt: „Viele werden von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang⁷ herzukommen und sie werden zu Tisch sitzen mit Abraham und Isaak und Jakob im Reich der Himmel“ (Mt 8,11). Jesus macht ihn durch diesen Wortlaut zum Vorbild und Sinnbild für die Erfüllung von Mal 1,11: „Vom Aufgang der Sonne bis zu ihrem Untergang ist mein Name groß unter den Völkern.“ Das Motiv von der Mahl-gemeinschaft mit den Vätern Israels macht den Centurio zur „Vorhut“ aus der Völkerwelt, die in das Heil Gottes, wie es Jes 25,6f mit dem Festmahl auf dem Zion beschreibt, eingeladen werden. Ein weiterer Centurio wird zum Muster dafür, dass die Einladung Jesu für Angehörige aller Völker gilt. Visionär wird Petrus das Essen unreiner Tiere befohlen und damit verdeutlicht, dass die Schranke fällt, die Angehörige der Gojim als grundsätzlich unrein kategorisiert und somit die Christusverkündigung an „alle Völker“ problematisiert (Acta 10,11-16.28). Die Geistgabe an den Centurio und sei-

⁵ Der Text lässt offen, ob dabei an Söldner der Römer oder des Antipas gedacht ist. Das Interesse an einem jüdischen Apokalyptiker wäre in beiden Fällen erstaunlich, da man sich in der Herodes-Dynastie nicht auf die Loyalität der jüdischen Untertanen stützen mochte und darum bewusst Söldner von nicht-jüdischer Herkunft beschäftigte.

⁶ Dieser römische Dienstgrad dürfte mit dem *hekantontarchos* (Anführer einer Hundertschaft) in Mt 8,5 gemeint sein.

⁷ D. h. vom äußersten Osten und vom äußersten Westen der Erde und darin eingeschlossen von jedem Ort dazwischen, also weltweit.

ne Gäste als Folge der Verkündigung des Christuszeugnisses (Acta 10,44) verdeutlicht Petrus und der Urkirche, dass die Aufnahme bei Jesus ohne den „Umweg“ der Beschneidung und damit losgekoppelt von einer vorhergehenden Teilhabe am Abrahams- und Sinai-Bund geschieht. Freilich mag man hier einwenden, dass die weitaus meisten Nichtjuden in Palästina Soldaten oder römische Beamte im Besatzungsapparat waren. Auffällig und bedenkenswert bleibt dennoch der Umstand, dass beide Centuriones mit keinem Wort bezüglich ihres Berufes getadelt oder gar zur Aufgabe desselben aufgefordert werden.

3. Die Bundeswehr und ihr Friedensauftrag in Geschichte und Gegenwart

Bundeswehr und Friedensdienst – dieses Thema begleitet die westdeutschen und seit fast 25 Jahren die gesamtdeutschen Nachkriegs-Streitkräfte durch ihre gesamte Geschichte und wird am besten durch selbige beleuchtet. Die Formulierung ihres Auftrages und jede Revision derselben wurde diskutiert vor dem Hintergrund, ob und in welcher Form damit dem Frieden gedient sei.

Die Geschichte der Bundeswehr lässt sich in drei Abschnitte unterteilen, die auch jeweils für sich eine neue Debatte über ihren Friedensbeitrag mit sich brachten.

3.1 Die Bundeswehr im Ost-West-Konflikt 1955–1989/90

Als der Zweite Weltkrieg mit seinen katastrophalen Folgen zu Ende war, schien es vielen Deutschen schlicht undenkbar, je wieder eigene Streitkräfte aufzustellen. Parolen von soldatischem Heldentum, die Hochschätzung der Einsatzbereitschaft und des Aufopferungswillens des Soldatenberufs waren im namenlosen Massensterben der Materialschlachten des Ersten Weltkrieges und im großenwahnsinnig angezettelten Zweiten Weltkrieg so gründlich überstrapaziert worden, die massenhaften Verluste durch Kriegseinwirkung, durch Flucht und Vertreibung hatten in solch ungekanntem Ausmaß und so nachhaltig Leben zerstört, dass weithin eine geradezu pazifistische Stimmung vorherrschte. Viele Männer hatten den Ersten und Zweiten Weltkrieg als Soldaten erlebt. Die Traumata an Leib und Geist, die im Einsatz erlebten Entbehrungen sowie die persönlichen, familiären und beruflichen Opfer wurden, im Gegensatz zu den Altersgenossen der anderen kriegführenden Nationen, weder durch das Bewusstsein des Siegers noch durch die Heldenehrung im öffentlichen Triumph belohnt. Ihr Opfer mitsamt den verlorenen Lebensjahren mussten ihnen völlig sinnlos erscheinen. Dementsprechend trafen Pläne zur deutschen Wiederbewaffnung auf skeptisch-angsterfüllte Reaktionen, teils sogar auf öffentliche Proteste.

Um 1950, die Bundesrepublik war noch kein Jahr alt, wurde vor dem Eindruck des beginnenden Korea-Krieges zunehmend lauter über die Auf-

stellung von Streitkräften für den jungen westdeutschen Staat nachgedacht. Der beginnende Kalte Krieg mit seiner latent stets vorhandenen, je nach politischer Lage mehr oder weniger hohen Kriegsgefahr, schien einen deutschen Beitrag zur Verteidigung unverzichtbar zu machen. Gerade die westlichen Siegermächte England und USA, die im Potsdamer Abkommen die komplette Entwaffnung des besiegten deutschen Reiches forciert und durchgeführt hatten, forderten nun angesichts des sich verstärkenden und erstarrenden Ost-Westkonfliktes deutsche Truppenkontingente.

Bundeskanzler Konrad Adenauer wusste, dass der von den Westalliierten gewünschte deutsche Verteidigungsbeitrag Voraussetzung für die wiederum von ihm angestrebte, von seinem Sicherheitsdenken her motivierte Westintegration ist. Darum verhandelte er nach dem Grundsatz „Wiederbewaffnung gegen Souveränität“. Dieser „Tausch“ wurde vollzogen, als die Bundesrepublik 1955 der Nato beitrug. Im nächsten Schritt musste der Bündnisbeitrag, also die Wiederbewaffnung, erfolgen.

Vor der Umsetzung stand die Frage: Wie soll diese neue deutsche Armee aussehen? Wie kann das erwünschte Ziel erreicht werden, einen deutlichen Schnitt zu machen zur Wehrmachtstradition? Ein Grunddokument in der Planungsphase, die Heimeroder Denkschrift von 1950, sah vor, ohne Anlehnung an die Formen der alten Wehrmacht „grundlegend Neues“ zu schaffen.

Die folgenden Grundentscheidungen sollten der Bundeswehr ein anderes Gesicht geben: Ein wesentliches Element hierfür ist ihre Natur als Bündnisarmee – sie ist eingebettet in das westliche Bündnisystem und soll auch nur in diesem Rahmen zum Einsatz gebracht werden können. Die Gliederung des Heeres mag hier als Beispiel dienen. Das Heer wurde zweiteilig gegliedert: Das auf besonders modernem Stand gehaltene, deutlich stärkere *Feldheer* gewährleistete im Verbund mit den Divisionen übriger Nato-Partner die *Vorneverteidigung* entlang der deutschen Grenze zur DDR und CSSR und zum neutralen, und darum als möglichem Durchmarschgebiet vermuteten Österreich. Die Divisionen des Feldheeres wurden direkt dem NATO-Oberkommando unterstellt. Das *Territorialheer* hatte stets den Ruf, etwas stiefmütterlich ausgerüstet zu sein. Manches Gerät und manches Fahrzeug, das im Feldheer gegen Neuentwicklungen eingetauscht worden war, wurde an das Territorialheer durchgereicht. Das Territorialheer stand unter nationalem Kommando und hatte die Aufgabe Feindkräfte zu bekämpfen, die durch den Verteidigungsgürtel der Vorneverteidigung durchgebrochen oder im Rücken der Vorneverteidigung luftgelandet wären; zudem unterstand ihm der Objektschutz im Hinterland.

Die Streitkräfte unterliegen der Kontrolle des demokratischen Staates und seines Parlaments. Entscheidend war das Konzept der „Inneren Führung“. Väter dieses Leitbildes waren fünf erfahrene Kommandeure und Generalstabsoffiziere des Zweiten Weltkrieges, u. a. der damalige Oberstleutnant a.D. Ulrich de Mézière, Vater des letzten Verteidigungsministers, ab 1966 Generalinspekteur. Die „Innere Führung“ setzt ein soldatisches „Men-

schenbild“ voraus mit dem Titel „Staatsbürger in Uniform“. Gemeint ist damit, dass die Soldaten in der Gesellschaft verwurzelt bleiben und keinen „Staat im Staate“ darstellen sollen.⁸ Neben dem raschen Bedarf an zahlreichen wehrfähigen Männern während der Aufbauphase war das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“ ein wichtiger Grund bei der Entscheidung für eine Wehrpflichtarmee. Hierzu sollte die Einschränkung der Grundrechte, die mit dem Soldatenberuf üblicher Weise einhergeht, auf das absolute, militärisch unverzichtbare Minimum beschränkt bleiben. Der Soldat behält einklagbare Rechte, so die grundsätzliche Beschwerdemöglichkeit im Rahmen der Wehrbeschwerdeordnung (die in den meisten zivilen Berufsfeldern ihresgleichen sucht), Eingabemöglichkeit an den Wehrbeauftragten des Bundestages, Wahl von Vertrauensleuten aller Dienstgradgruppen, Gleichstellungsbeauftragte, mit dem „Bundeswehrverband“ eine eigene Gewerkschaft. Ein entscheidendes Element der „Inneren Führung“ besteht darin, dass dem „Kadavergehorsam“ der Boden entzogen wird. Es gibt Befehle, die ein Soldat nicht befolgen muss und sogar solche, die er nicht befolgen darf. Dadurch soll der Soldaten zum einen darin bestärkt werden, seinen Auftrag mit einem wachen Gewissen auszuführen. Andererseits soll ihm die Möglichkeit genommen werden, die Beteiligung an völkerrechtswidrigen Handlungen mit dem Befehlsnotstand zu rechtfertigen. Erwähnenswert sei, dass andere Bündnispartner wie die USA, Großbritannien und Frankreich die Übernahme dieses Soldatenverständnisses bewusst abgelehnt haben und weiterhin ablehnen.

Der deutsche Verteidigungsbeitrag sollte eine (Friedens-)Stärke von rund 500.000 Soldaten umfassen, der im Mobilmachungsfall auf rund 1.300.000 aufwachsen sollte. Hierzu gab es in unterschiedlichem Umfang „gekaderte“ Einheiten⁹, v. a. beim Heer.

Man kann sich vorstellen, welcher Kraftakt damit verbunden war nach einer völligen Entwaffnung und dem Abbau aller Waffen produzierenden Industrieanlagen eine komplett ausgerüstete Armee mit allen drei Teilstreitkräften Heer, Luftwaffe und Marine „aus dem Boden zu stampfen“. Erst

⁸ Im Selbstverständnis der Bundeswehr wird das als bewährtes Erfolgsmodell vorgestellt. Dem möchte ich entgegenhalten, dass sowohl die Bundeswehr selbst aus einer gewissen Sorge vor der öffentlichen Meinung als auch die Gesellschaft durch ihre Abneigung dazu gemeinsam beigetragen haben, dass militärische Uniformen im Straßenbild ausgesprochenen Seltenheitswert haben. Feierliche Gelöbnisse oder Verabschiedungen in den Einsatz haben oft keinen oder durch die Wahl der Örtlichkeit nur eingeschränkten Öffentlichkeitscharakter. Die meisten Soldaten ziehen sich vor dem Verlassen der Kaserne um; in manchen Kasernen wird diese „Tarnmaßnahme“ sogar befohlen. Dadurch wird der Soldat faktisch doch aus dem Blickfeld verbannt. Das Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“ kann nur dann gelingen, wenn der Soldat als erkennbarer Soldat akzeptiert wird.

⁹ Das bedeutet, im Übungs- und Mobilmachungsfall sämtliche Funktionen, vom Schützen bis zum Kommandeur, durch Reservisten zu besetzen. Außerhalb solcher Maßnahmen besteht ein gekadertes Bataillon oder Regiment aus den eingelagerten Fahrzeugen, Waffen und Material, das von Zivilangestellten versorgt wird und einer Dienstpostenliste, die vom einzigen aktiven Soldaten, einem Stabsfeldwebel, verwaltet wird.

1965, zehn Jahre nach Einstellung der ersten Soldaten, wurde die letzte geplante Division in Dienst gestellt. Bezüglich Gliederung und Ausrüstung lag ein deutlicher Schwerpunkt auf der Panzerabwehrkompetenz. Man erwartete den gegnerischen Angriff in Form stark überlegener Panzerwellen, die nach massiver Feuervorbereitung durch die Artillerie und hinter einer immer weiter nach vorn springenden Feuerwalze durch Artillerie- und Luftnahunterstützung gegen den Verteidigungsring anrennen würde. Der Masse und Wucht des Gegners sollte Präzision entgegengesetzt werden. Hier wartete die deutsche Rüstungsindustrie gerade aus der Position als „Frontstaat“ des Ost-West-Konfliktes seit Mitte/Ende der 1960er Jahre mit den modernsten Waffensystemen zur Panzerbekämpfung auf. Im Heer der Bundeswehr standen im letzten Jahrzehnt des „Kalten Krieges“ Panzerabwehrwaffensysteme von weltweit führender Qualität bereit: Drahtgelenkte Panzerabwehrraketen mit hoher Ersttrefferwahrscheinlichkeit bei der Infanterie, Kampfpanzer, wie der Leopard 1 A5 und der Leopard 2 mit der einzigartig-genauen Stabilisierungsanlage der Bordkanone¹⁰. Panzerabwehrschwerpunkte sollten gebildet werden durch die Kanalisierung der Angriffswellen durch Minensperren mit der Panzerabwehrwurfmine AT2, die während der einstellbaren „Schärfedauer“ nicht geräumt werden kann (und danach überhaupt nicht mehr zündet und sich so problemlos einsammeln lässt) und durch Schüttkästen an Jagdbombern oder als Bombletmunition von Artilleriegeschützen dem Gegner praktisch direkt „vor die Füße“ geworfen werden kann.

Mit dem Zerfall des Warschauer Paktes und dem Ende des Ost-West-Konfliktes, in unserem Land besonders spürbar durch den Fall der Berliner Mauer und dem Abzug der sowjetischen Truppen, endete diese erste Periode in der Geschichte der Bundeswehr mit dem Erfolg ihrer selbstgegebenen Sinnbestimmung: „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen.“

War der Verteidigungsbeitrag im Bündnis der NATO notwendig? Durch die Einsicht in Archive von ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten, die zu Verbündeten geworden sind,¹¹ bildet sich insgesamt eine Bestätigung der Bedrohungssituation mit einigen bemerkenswerten neuen Erkenntnissen, die verdeutlichen, dass das Gefahrenpotential eher unter- als überschätzt worden war.¹²

¹⁰ Diese vermag die Bordkanone völlig unabhängig von der Fahrzeugbewegung genau und verwicklungsfrei im Ziel zu halten; Kampfpanzer mit dieser Waffenanlage sind die einzigen, die aus voller Fahrt und auch in schwerstem Gelände über den gesamten Bereich der Kampffernung (bis 2.500 m) schießen und punktgenau treffen können.

¹¹ Russisches Militärarchivmaterial aus dieser Zeit ist nach wie vor unter Verschluss.

¹² Die Verteidigungsstrategie des Warschauer Paktes (WP), die in erster Linie von der Sowjetunion geplant und vorgegeben wurde, war demnach eindeutig präventiv-offensiver Natur. Allerdings setzte der präventive Militärschlag auf das Überraschungsmoment. Die mindestens dreitägige Mobilmachungs- und Aufwuchsfrist, von der die Planung der Bundeswehr stets ausgegangen war, hätte keinen Raum gehabt. Durch ein offensives Zutvorkommen sollte ein Krieg von Anfang an aus dem Territorium des War-

3.2 „Armee der Einheit“ und der Neuorientierung

Mit der Wiedervereinigung beginnt eine Übergangszeit, während der die Bundeswehr überwiegend mit sich selbst beschäftigt war. Diese Zeitspanne, welche die ersten 1990er Jahre umfasste, brachte der Bundeswehr die stärkste Umbau- und Umgliederungsanstrengung seit der Aufstellung. In diese Phase fiel der überwiegende Teil meiner eigenen Dienstzeit. Einige der Entscheidungen und Ereignisse berichte ich darum aus der Sicht des Zeitzeugen.

Die Zwei-plus-Vier-Verträge schafften gemeinsam mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eine unvorhergesehene Lage, die sich entscheidend auf die Gestalt der Bundeswehr auswirkte. Vertreter der Bundesrepublik und der DDR verhandelten mit den vier Siegermächten über die Wiedererlangung der vollen Souveränität in inneren wie äußeren Belangen als Grundlage und Voraussetzung für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Für unser Thema ist festzuhalten, dass der Artikel 2 im dritten Satz den geeinten deutschen Staat ausdrücklich auf den Friedenswillen verpflichtet:

„Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, dass das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“

Verbunden wird der vertraglich bekundete Friedenswille mit dem ausdrücklichen Verzicht auf ABC-Waffen. Zumindest für die Bundesrepublik und die Bundeswehr stellt dies nur eine Bestätigung der im Rahmen der Pariser Verträge aufgenommenen Verpflichtung dar, durch welche die Bundesrepublik in die NATO aufgenommen worden war.

Von der Nationalen Volksarmee (NVA), die unmittelbar vor der Wende eine Stärke von 211.700 Soldaten und 40.400 Zivilangestellten zählte, waren zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung 93.000 Soldaten und 48.000 Zivilisten übrig, die durch den Beitritt zur Bundesrepublik mitsamt Bewaff-

schauer Paktes hinaus- und in das gegnerische Gebiet hineingetragen werden. Zwar war der Vorstoß in stark mechanisierten Wellen mit massiver Unterstützung durch Artillerie und Luftwaffenunterstützung, wie erwartet, tatsächlich in der Planung des WP vorgesehen. Gleichzeitig wollte man aber auch nukleare Waffen, vor allem im Kurz- und Mittelstreckebereich, einsetzen, um den Angriffswellen der mechanisierten Heeresverbände Schwung zu verschaffen, indem ihnen der Weg von Anfang an nuklear „freigeschossen“ werden würde. Das anvisierte, enorme Vormarschtempo konnte nur erreichbar werden, wenn sich kein starker militärischer Widerstand formiert. Dass die vorstoßenden eigenen Verbände dabei der Wirkung dieser „atomaren Wegbereitung“ selbst ausgesetzt gewesen wären, wurde bewusst in Kauf genommen: Wenn es durch die Strahlenkrankheit zu spürbaren Ausfallerscheinungen unter den eigenen Soldaten kommt, würden die eigenen Angriffsspitzen bereits die Atlantikküste erreicht haben. Mit den zeitgleich einsetzenden nuklearen Schlägen wäre die NATO zudem überrascht worden; hier war man in der Planung stets von einem konventionellen Kampf ausgegangen, dem dann erst nukleare Eskalationsstufen folgen würden; dann etwa, wenn der gegnerische Vormarsch anders nicht zu stoppen gewesen wäre.

nung, Fuhrpark und ihren Liegenschaften Teil der Bundeswehr wurden. Die „alte“ Bundeswehr hatte 1989 eine Friedensstärke von 495.000 Soldaten und 180.000 Zivilangestellten (die Bundeswehrverwaltung ist im Gegensatz zu zahlreichen anderen Armeen, auch der NVA, in ziviler Hand). Ein wichtiger Punkt der Zwei-plus-Vier-Verträge war die Begrenzung der Streitkräfte des vereinigten Deutschland auf 375.000 Soldaten.

Der nun folgende Zeitraum in der Geschichte der Bundeswehr war geprägt von der Übernahme, Integration und „Abwicklung“ der ehemaligen Nationalen Volksarmee, die synchron stattfand zur Auflösung und Verlegung von Truppenteilen und Verbänden der bisherigen Bundeswehr. Der erste Schritt galt der NVA: Die Angehörigen wurden vor die Wahl gestellt, ob sie bleiben oder gehen wollten. Wer blieb, wurde für zwei Jahre übernommen. Innerhalb dieser Zeit konnte man sich um die Weiterverpflichtung bewerben und wurde dann auf die politisch-ideologische und ausbildungstechnische „Kompatibilität“ überprüft. Hier gilt es zu beachten, dass es etliche Dienstposten innerhalb der NVA in der Bundeswehr gar nicht gab; dass die NVA viel „offizierslastiger“ war, dass eine andere ideologische „Polung“ vorlag, völlig andere Befehlswege üblich waren und Kernbegriffe der Bundeswehr wie besagte „Innere Führung“ und „Staatsbürger in Uniform“ nach Wortlaut und Inhalt unbekannt waren.

Dann mussten Fahrzeuge und Waffen „versorgt“ werden – der Großteil wurde verschrottet, an andere ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten, die zu NATO-Partnern wurden, verkauft oder zu „Studienzwecken“, handelte es sich doch um Material potentieller Gegner, anderen Ländern übergeben; wenig davon wurde übergangsweise in den Fahrzeug- und Waffenbestand der Bundeswehr integriert, der ja gerade bezüglich der besonders reichlich überkommenen gepanzerten Fahrzeuge strenge Obergrenzen auferlegt worden waren.¹³ Liegenschaften wurden übernommen und dann mit viel Aufwand modernisiert und an westliche Sicherheits- und Umweltbestimmungen angepasst. Hier wurde in Anbetracht der Mammutaufgabe in Rekordzeit gearbeitet und in der Bundeswehr sagt man mit m. E. berechtigtem Stolz, es habe keinen Bereich im Zuge der Wiedervereinigung gegeben, in dem die deutsche Einheit schneller und erfolgreicher gelungen sei.

In der Öffentlichkeit wurde gern gespottet, dass die Bundeswehr nun keinen Gegner mehr „vor der Haustür“ habe und somit in einer Sinnkrise stecke. Intern gab es dieses Gefühl nicht, höchstens Verärgerung über entsprechende Medienkommentare. Intern wurde so umgegliedert, dass zum einen einer deutlich längeren Vorwarnzeit Rechnung getragen wurde. Der Feind

¹³ Übergangsweise, nämlich bis zur Einführung des Eurofighter, wurden sämtliche Mig 29-Jagdflugzeuge der NVA mitsamt den darauf geschulten Flugzeugführern in die Luftwaffe der Bundeswehr integriert. Eine vergleichsweise kurze Übergangsfrist wurde in Panzergrenadierbataillonen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mit Schützenpanzern vom sowjetischen Typ BMP-1 überbrückt; so lange nämlich, bis diese Einheiten mit Schützenpanzern Marder A3 von aufgelösten Panzergrenadierbataillonen auf dem Gebiet der „alten“ Bundesrepublik ausgestattet werden konnten.

steht nicht mehr an den Grenzen Deutschlands und der Verbündeten. Damit ist im Falle einer größeren Aggression von einer langen Vorwarnzeit auszugehen. Als Zeitspanne muss nicht mehr in Tagen gerechnet werden, sondern es sind Monate, vielleicht sogar Jahre, weil sich ein Gegner mit seinem Bedrohungspotential erst „aufbauen“ muss und nicht mit höchstem Bereitschaftsgrad und der größten Truppenzusammenballung der Welt direkt an der Grenze sitzt. Die Aufwuchsfähigkeit muss jedoch erhalten bleiben, alleine schon um den Bündnisverpflichtungen nachzukommen. Schließlich ist die Bundeswehr als Bündnisarmee mit Beistandsverpflichtung nicht nur für den Schutz des deutschen Territoriums zuständig, sondern für das aller NATO-Mitglieder. Zum anderen wurde bereits 1991 deutlich, dass die Begrenzung des Einsatzes auf das Bündnisgebiet keine Zukunft haben würde. Der Begriff „out of area“ war im Bundeswehralltag ein geflügelter Ausdruck dieser Zeit und ständiges Gesprächsthema. Denn noch in den Monaten vor der Wiedervereinigung ereignete sich der irakische Einmarsch in Kuwait, der durch die multinationale Operation „Desert Storm“ ab Januar 1991 mit UNO-Mandat gewaltsam revidiert wurde. Der Druck auf das frisch vereinigte Deutschland war enorm hoch, das sich mit Mühe „freikaufen“ konnte durch Materiallieferungen, durch Stationierung einiger Erdkampfunterstützungsflugzeuge in der Türkei und durch Minenräumboote, die nach dem alliierten Sieg den Golf wieder sicher machten. Ich war damals beim Gebirgssanitätsbataillon 8 in Kempten und nahm teil an der sanitätsdienstlichen Unterstützung: Deutsche CH-53-Hubschrauber verlegten amerikanische Verwundete, die auf US-Luftwaffenstützpunkten in Deutschland wie Ramstein eingetroffen waren von dort in die amerikanischen Militärhospitäler. Der politische Druck auf Deutschland war hoch; die enttäuschten Bündnispartner garnierten ihre Vorwürfe gern mit dem Verweis auf die geschehene Eini-gung und der damit einhergehenden Verantwortung. Es wurde im Zuge vom Golfkrieg I klar, dass dies der letzte internationale Waffengang sein würde ohne eine unmittelbare deutsche Beteiligung. Als ich im März 1992 zum Offizierslehrgang an die Offizierschule in München kommandiert wurde, hörte ich unseren Hörsaal-Leiter in seiner Begrüßungsrede an die Lehrgangsteilnehmer sagen: „Sie werden alle den Einsatz erleben.“ Der Prozess des durch-aus auch von außen forcierten Entscheidungsprozesses mündete ein in das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts, das den Weg freigab für eine künftige Beteiligung an UN-Missionen.

3.3 Die Bundeswehr im weltweiten Einsatz

Im Jahr 1992 nahm die Bundeswehr erstmals an einer UNO-Mission teil: Sanitäter betrieben als Teil der Friedenstruppe UNTAC ein Krankenhaus in Phnom Phen (Kambodscha). Dieser Einsatz war allerdings noch von rein humanitärer Natur. Im Zuge dieses Einsatzes betrauerte die Bundeswehr 1993 ihren ersten Einsatz-Toten, als ein Feldweibel einem Raubüberfall zum Opfer fiel. In rascher Folge nahmen in den folgenden zehn Jahren die Zahl

und die Intensität der Einsatzbeteiligungen zu. Stationen sind 1993 die logistische Unterstützung des Uno-Einsatzes UNOSOM in Somalia und der erste Einsatz zur aktiven Friedenssicherung in Bosnien ab 1995 (IFOR/SFOR). Der erste Kampfeinsatz ereignet sich 1999 im Rahmen der deutschen Beteiligung an dem Zurückdrängen serbischer Truppen aus dem Kosovo; ECR-Tornados¹⁴ der deutschen Luftwaffe spielten hier sogar eine entscheidende Rolle, da sie, auf das Aufspüren und Zerstören von Radaranlagen spezialisiert, die gegnerische Luftabwehr „blind machten“ und so anderen Flugzeugen „den Weg freischossen“. Die langfristigen Einsätze dauern derzeit noch an; das sind seit 1999 die Friedenssicherung im Kosovo im Rahmen von KFOR und seit 2002 der Sicherungs-, Aufbau-, und Ausbildungseinsatz in Afghanistan im Rahmen von ISAF, sowie seit dem 22.12.2008 der Einsatz von Marineeinheiten im Rahmen der Operation ATALANTA zur Überwachung des Seegebietes Rotes Meer und Golf von Aden, welche die Abschreckung und Abwehr von Piraten zum Ziel hat. Derzeit wird in den einsatzerfahrenen Truppenteilen der Bundeswehr mit dem Blick in Richtung Mali geplant. Der Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung wurde also sukzessive verändert hin zur Friedenssicherung und schließlich auch zur Friedensschaffung¹⁵ an Konfliktherden auf der ganzen Welt. War die Bundeswehr in ihrer Struktur während des Ost-West-Konfliktes nach ihrem Aufbau überschaubar und „stabil“ gegliedert, so wurde und wird sie im Zuge der Einsätze laufend nach Gliederung und Ausrüstung angepasst. Der Ausrüstungsschwerpunkt Panzerabwehr veränderte sich drastisch in Richtung Luftverlegbarkeit und der Optimierung für den Einsatz gegen irreguläre, verdeckt operierende Feindkräfte. In dem Ausmaß, in dem die Einsatzbereitschaft in diesem Bereich zunimmt, nimmt allerdings die Einsatz- und Verteidigungsfähigkeit gegen hochmechanisierte, mit Panzer- und Luftfahrzeugen ausgestattete Gegner ab.

Ein wichtiger Grundsatz bleibt bei allen Veränderungen stets im Auge: Die Bundeswehr ist nicht initiativ und operiert nie im Alleingang; auch im weltweiten Einsatz bleibt sie eine Bündnisarmee. Zudem handelt es sich um Einsätze, welche der Friedenssicherung im weitesten Sinne dienen sollen. Darin eingeschlossen Einsätze, die verhindern sollen, dass Terrorgruppen die instabilen Verhältnisse gescheiterter Staaten ausnutzen, um dem internationalen Terrorismus Ausbildungs- und Rückzugsräume zu schaffen. Hierher gehört der berühmte Ausspruch von Peter Struck, dem zur Folge die Sicherheit der Bundesrepublik nicht nur in Hindelang, sondern auch am Hindukusch verteidigt werden müsse.

¹⁴ Diese Ausstattungsvariante des Mehrzweckkampfflugzeuges Tornado ist zur Bekämpfung gegnerischer Radarsysteme mit zwei HARM-Flugkörpern (High Speed Anti-Radiation Missile) bewaffnet.

¹⁵ Das Erzwingen des Friedens und stabiler Verhältnisse durch den Gewalteininsatz gegen militärisch organisierte Gegner, die einen Friedensprozess verhindern.

Bei allem grundsätzlichen Verständnis, das man auch aus christlicher Sicht diesem „Kurs“ entgegenbringen kann, ist dieser natürlich auch kritisch zu beobachten und gegebenenfalls auch entsprechend zu kommentieren. Zwei Beispiele mögen hier angerissen werden:

Das Unternehmen ATALANTA: Die Gewässer vor Somalia waren einst sehr fischreich. Dies ermöglichte eine blühende Fischindustrie im Land und somit den einheimischen Fischern ein gutes Auskommen. Das änderte sich, als sich verschiedene Industrienationen das Recht erkaufen, diese Gewässer gleichzeitig als Gefahrgutmülldeponie und zum Ausfischen durch eigene Fangflotten zu „nutzen“. In der Folge ging die somalische Fischindustrie zu Grunde und die einheimischen Fischer hatten kaum genug, um sich selbst zu versorgen. Die jungen Männer der Fischerdörfer suchten durch den Anschluss an Piratenbanden ihr Auskommen, die ihre Überfälle auf die Frachtschiffe der Industrienationen mit der zuvor geschehenen Zerstörung der Lebensgrundlage somalischer Fischer begründeten. Das Piratenproblem ist also ein von den Industrienationen verursachtes Problem, das nunmehr auf sie selbst zurückschlägt. Auch innerhalb der Bundeswehr wurde kritisch bemerkt, dass die Marineeinheiten von ATALANTA zwar somalische Piraten bekämpfen, jene „Piraten“ aber gewähren lassen, die weiterhin Raubbau an den somalischen Fischgründen betreiben.

Namentlich der Bundesregierung ist vorzuwerfen, dass beim Abzug aus Afghanistan die Wählergunst offenbar über dem Wohl der Menschen steht, die von der Entwicklungshilfe vor Ort profitierten und während der Zeit der deutschen Militärpräsenz im Dienst der deutschen Streitkräfte standen. Diese müssen nun mit dem Schlimmsten rechnen, wenn sie in den Augen der Taliban als Kollaborateure gelten. Dabei werden sie von der bundesdeutschen Politik im Stich gelassen. Im Gegensatz zu den USA gewährt man kaum einem der Übersetzer Asyl im Heimatland der Streitkräfte, für die sie während der Einsatzzeit unentbehrliche Hilfe leisteten.

4. Fazit und Appell

Kehren wir abschließend zur Ausgangsfrage zurück: Kann ein Christ reinen Gewissens den Dienst in der Bundeswehr bejahen – auch und gerade angesichts ihres „neuen Aufgabenspektrums“ im Einsatz bei ISAF und anderswo? Ich behaupte: Er kann. Und an zwei Argumente möchte ich dabei erinnern.

Das erste kam bereits bei unserer exegetisch-ethischen Betrachtung zum Zuge, nämlich das der *Notwendigkeit zur Nothilfe*, das in gewisser Weise auch greift, wann immer ein Gemeinwesen das Recht und die Unversehrtheit seiner Bürger gegen solche Menschen zu gewährleisten hat, die solche Güter aggressiv in Frage stellen. Dies schließt ganz notwendig ein, dass gegen solche Menschen vorgegangen werden muss, die von außerhalb oder innerhalb des Staates das friedvolle Zusammenleben und das Leben seiner

Bürger gefährden. Solches Vorgehen schließt die Mechanismen der Justiz ein wie im Extremfall Gewaltmaßnahmen, die von der Polizei auf Gefahrenquellen von innen und von der Armee auf solche von außen gerichtet werden. Bejaht ein Christ grundsätzlich die Notwendigkeit solcher Maßnahmen mitsamt den hierzu notwendigen Organen, dann sollte er konsequenterweise auch nicht dagegen sein, dass Christen dies mit ihrem persönlichen Einsatz unterstützen.

Ein zweites Argument, das im Zuge meiner biographisch gehaltenen Einleitung mitklang, ist die *Motivation zur Mission*. Im Einsatz stehen Soldaten in einer Situation, in der sie mit der Auswirkung von Gewalt konfrontiert werden, indem sie Tod und Verwundung an Kameraden, Gegnern und Zivilisten erleben. Die Folge ist die im Einzelfall mehr oder minder stark ausgeprägte, jedoch ständig vorhandene Sorge um die eigene Unversehrtheit und das eigene Leben. Dazu gesellt sich bei Soldaten in fester Beziehung und besonders für Familienväter und -mütter zusätzlich die zum Teil als noch belastender empfundene Trennungserfahrung. Zudem belastet die Langeweile und Eintönigkeit, denn im Einsatz, der für zahlreiche Soldaten im Wesentlichen Bereitschafts- und Wachdienste enthält, zählt die alte Soldatenweisheit: „Die meiste Zeit des Lebens wartet der Soldat vergebens.“

In solchen Situationen denken Menschen über Dinge nach, die sie im Alltag sonst gern verdrängen. Es sind die ganz existentiellen Fragen nach dem Sinn des Lebens, nach dem Tod, nach Gott. Nach der virtuellen Übung „Crystal Eagle“ im Herbst 1998, an der ich als Student im Rahmen einer Wehrübung teilnahm, saß ich während der Heimfahrt im Zug einem jungen Oberleutnant gegenüber. Wir kamen ins Gespräch und er fragte mich nach meinem Studienfach. Auf die Antwort „Theologie“ meinte er anerkennend: „Im Einsatz fragen wir uns, ob nach dem Tod etwas kommt.“ Wo sonst in Deutschland kommt jemand zu uns und fragt: „Sag mir bitte: Was kommt nach dem Tod?“ Können wir hinter dieser Frage wie Paulus den Auftrag heraushören: „Komm herüber und hilf uns?“

Die Beantwortung solcher Fragestellungen lässt sich nicht allein auf die Militärseelsorge abwälzen. Mein Gesprächspartner fügte nämlich enttäuscht hinzu: „Der Militärpfarrer konnte uns auf diese Frage keine Antwort geben.“ Das kann offenbar nicht jeder. Es gibt natürlich auch solche, die das sehr wohl können. Aber auch in dem Fall wäre der Militärpfarrer allein völlig überfordert, da längst nicht jedes Feldlager von einem Militärpfarrer betreut wird. Oftmals gibt es einen Pfarrer pro Konfession für ein ganzes Einsatzkontingent! Zudem gilt im Einsatzland wie im Truppenalltag daheim: Der Pfarrer fährt nicht auf Patrouille, er sitzt nicht in den Check-Points und den einsamen Außenposten, wo die Einsatzsoldaten in langen Schichten über die entscheidenden Themen des Lebens und Sterbens nachdenken und jede Menge Zeit zum Gespräch haben, sich einen Gesprächspartner dazu wünschen und so am ehesten zugänglich sind für das, was Gott zu sagen hat. Hier in der Lebenswelt der Einsatzsoldaten sollte es Soldaten

und Soldatinnen geben, die als Christen Rede und Antwort stehen können. Wenn es sie da nicht gibt, dann gibt es auch sonst niemanden, der die essenziellen Fragen zum Leben und Sterben mit dem christlichen Zeugnis beantworten kann. Ich wäre nicht Pfarrer, ja noch nicht einmal Christ, wenn ich während meines vergleichsweise ruhigen Wehrdienstes nicht solchen uniformierten Christen begegnet wäre. Ich bin fest überzeugt, dass über dem Dienst in den bewaffneten Organen unseres Staates und damit auch über ISAF und anderen Einsätzen der Ruf Gottes aus Jesaja 6 steht: „Wen soll ich senden und wer wird unser Bote sein?“ Es muss Christinnen und Christen geben, die wie Jesaja ausrufen „Hier bin ich – sende mich!“ Aus diesem Grund wird Gott Christen in den Dienst bei der Bundeswehr berufen und in den Einsatz senden.

Literaturverzeichnis

Beuken, Willem A. M.: Jesaja 1-12. Herders theologischer Kommentar zum Alten Testament, Freiburg/Basel/Wien 2003

Collins, John J.: Daniel. Hermeneia – a critical and historical commentary on the Bible, Minneapolis 1993

Geschichte der Bundeswehr: http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/DcLBDYAgDADAWVyg_ftzC-VXoJYGUG1UWV9zhwF_Rq8KuV5GDxc8kq5xQpyZYXhn9dqJT2eQ_lhuJGwgPFLRVJzxrtyvASbwF6M/

Schlatter, Adolf: Die christliche Ethik, Stuttgart ⁵1986

Schmidt, Werner H.: Alttestamentlicher Glaube, Neukirchen-Vlyun ⁸1996

Wildberger, Hans: Jesaja 1-12. Biblischer Kommentar Altes Testament, Neukirchen-Vluyun ²1980

Wolff, Hans Walter: Dodekapropheten 4 Micha. Biblischer Kommentar Altes Testamen, Neukirchen-Vlyun 1982

Zimmerli, Walter: Grundriß der alttestamentlichen Theologie, Stuttgart/ Berlin/Köln ⁷1999